

Der Westen (noch) Gemeinschaft der Weltmarktführer?

Hambacher Gespräche
7. November 2018

Prof. Harald Fadinger, Ph.D.
Universität Mannheim

Hypothese

- Die Industrieländer haben stark von der Globalisierung profitiert (mehr Wachstum)
- Trotzdem beobachten wir in den letzten Jahren den **Aufstieg globalisierungsskeptischer rechtspopulistischer Parteien** (USA: Trump, GB: UKIP; Frankreich: Front National, Deutschland: AfD..., usw.), die **einen Aufbau von Handelsbarrieren** fordern.
- Im Moment möglich, dass sich der Westens selbst aufs Abstellgleis stellt (siehe USA).
- Was ist falsch gelaufen?
- These: **Fehlende Umverteilung der Globalisierungsgewinne** an Bevölkerungsteile, die negativ getroffen wurden.

Die 90er Jahre: Liberalisierung des Handels mit den Niedriglohnländern

- Abbau von Handelsbarrieren und Importzöllen der Industrieländer gegenüber den „emerging markets“ im Zuge der „Uruguay-Runde“ der Welthandelsorganisation (WTO) (1986-1994)
- + Eintritt Chinas in die WTO (2001)
- + EU Osterweiterung (2004-2007)
- führten zu starkem Anstieg des Handels zwischen Industrie- und Niedriglohnländern und starkem Wachstum in den Niedriglohnländern (insb. China, Osteuropa)

Anteil Chinas an den weltweiten Industrieexporten 1984-2011

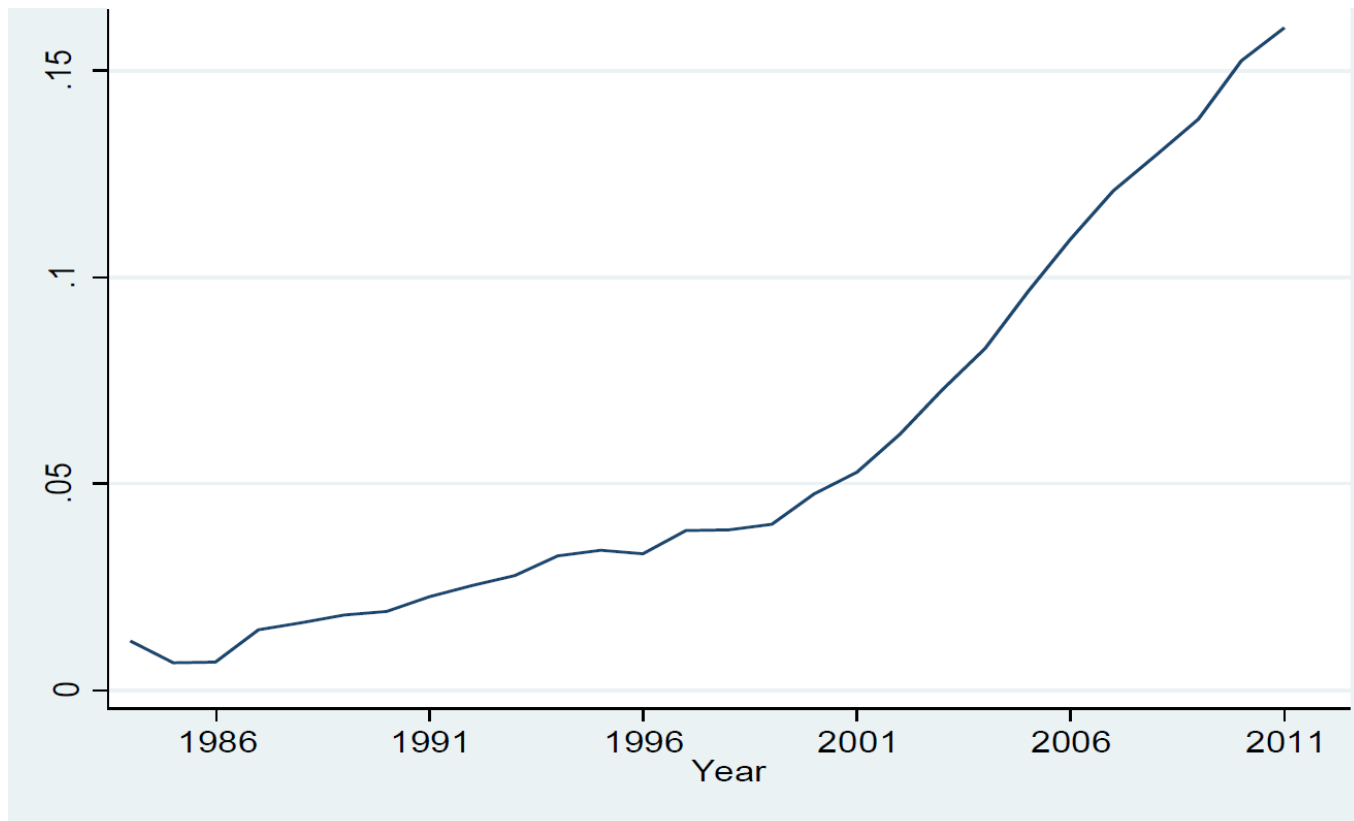


Figure 1.

China Share of World Manufacturing Exports, 1984-2011.

Anteil Chinas an den Importen Westeuropas 1988-2007

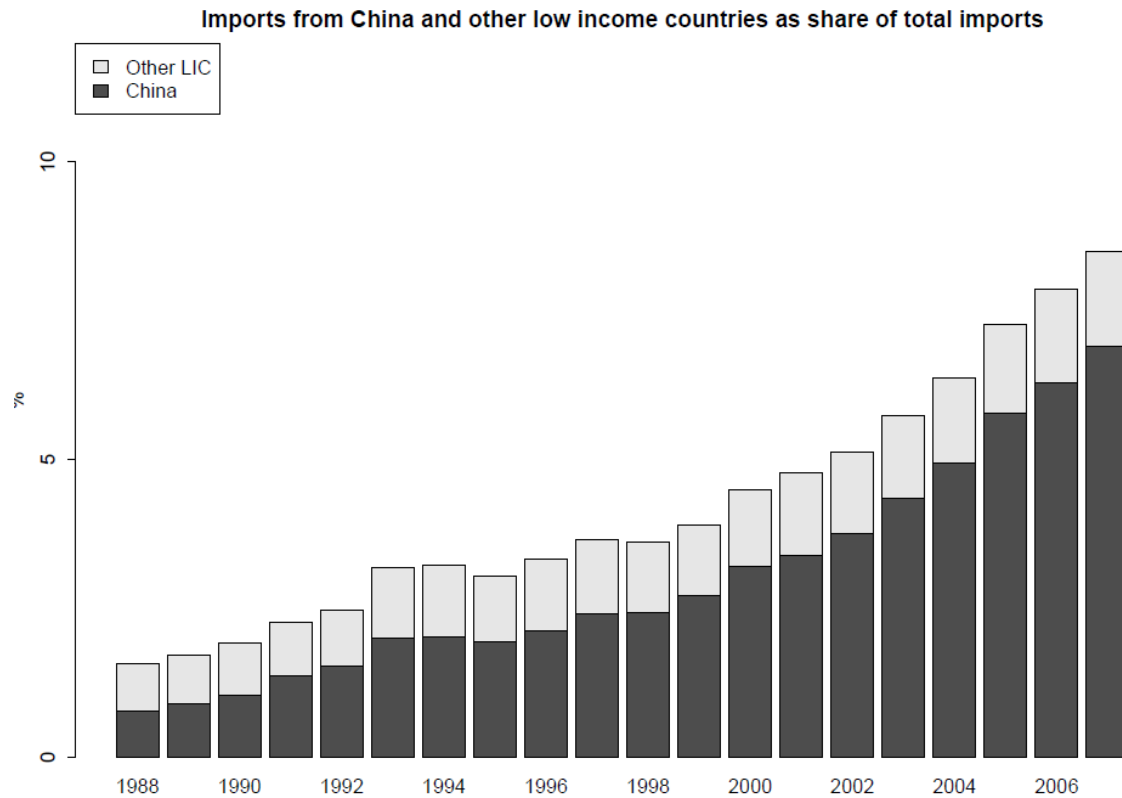


Figure 1: Evolution of imports in Western Europe.

Gewinne und Kosten des Handels mit Niedriglohnländern – ökon. Theorie

- **Gewinne** durch Handel mit Niedriglohnländern: **Spezialisierung** der Industrieländer in **Export** von Produkten, deren Herstellung **intensiv** in **hochqualifizierten Arbeitskräften** ist; Import von Produkten, deren Herstellung intensiv in unqualifizierter Arbeit ist.
- **Verteilungseffekte**: verstärkte Nachfrage nach hochqualifizierter und geringere Nachfrage nach gering qualifizierter Arbeit führt zu steigenden Löhnen für Hochqualifizierte und fallenden Löhnen für Niedrigqualifizierte.
- **Umverteilung** durch staatliche Transfers notwendig, um alle Arbeitnehmer besser zu stellen.

Empirische Gewinne der Industrielländer aus Handel mit Niedriglohnländern

- Konsumenten: **Billige Importe von Konsumgütern** haben US Preisniveau um bis zu 30% reduziert (Textilien, Spielzeug, Elektronik...) (USA: Broda & Weinstein, 2006)
- Unternehmen: starke Kostenreduktion und **Produktivitätsgewinne durch Verlagerung von Produktionsprozessen** in Niedriglohnländer (Elektronik- und Computerindustrie - China, deutsche Autoindustrie - Osteuropa...) (Blaum et al, 2018)

Empirische Kosten in den Industrieländern durch Handel mit Niedriglohnländern

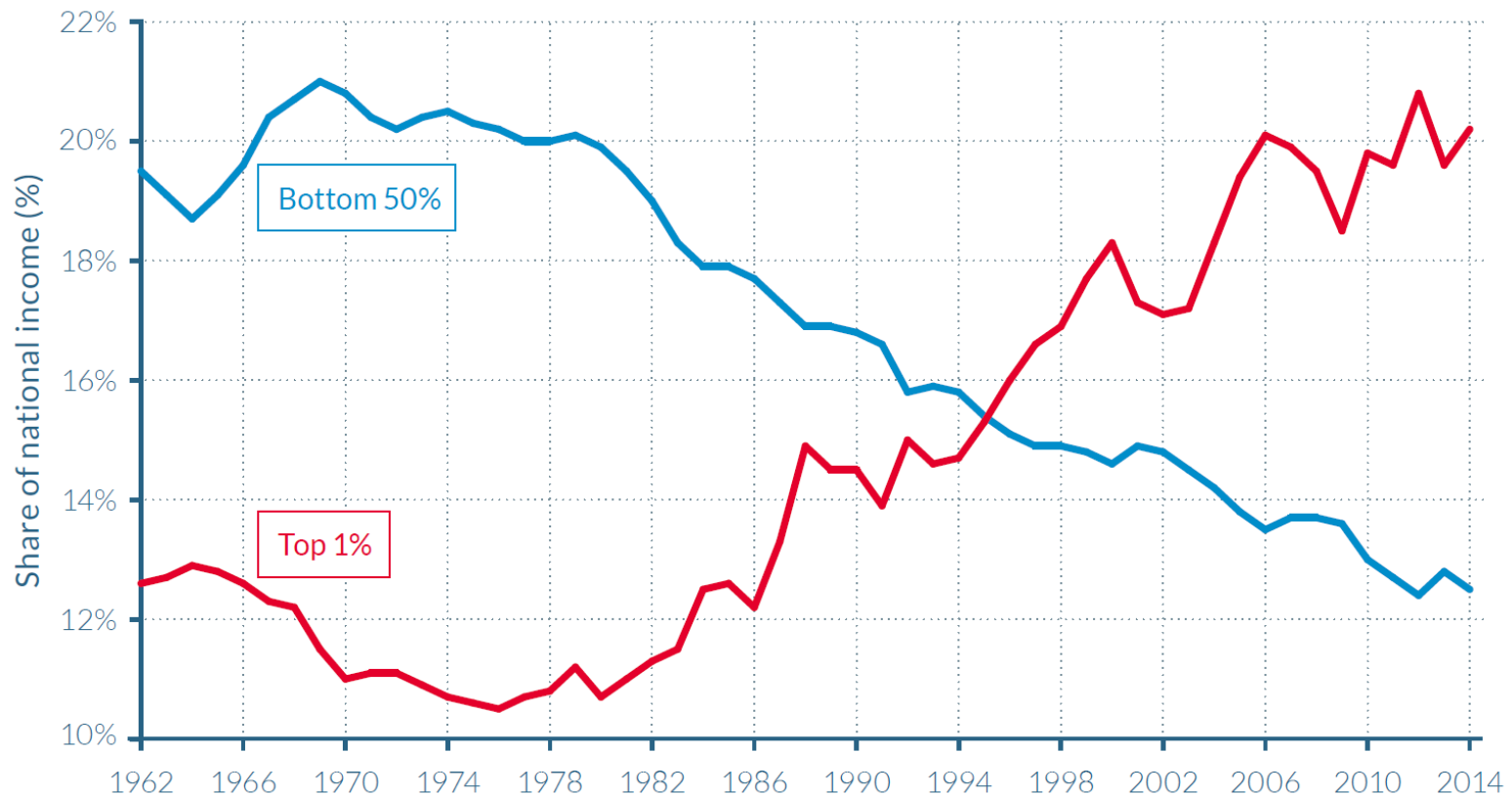
- Stark **gestiegene Ungleichheit** in den meisten Industrieländern durch **Importwettbewerb** aus China und Osteuropa (USA: Autor et al, 2013, 2014; Deutschland: Dauth et al, 2017)) und **Verlagerung von Produktionsprozessen (*offshoring*)** in diese Länder (Carluccio et al, 2018)
- **Reallöhne niedrig qualifizierter Arbeitskräfte** sind in den meisten Industrieländern stark **gefallen**
- In Ländern, in denen die Ungleichheit nicht stark gestiegen ist (z.B. Frankreich), gab es einen starken **Anstieg der Arbeitslosigkeit niedrig Qualifizierter**

Anstieg der Ungleichheit in den USA

1962-2014 (Quelle: Piketty et al, 2018)

Figure 2.4.1a

Pre-tax income shares of the Top 1% and Bottom 50% in the US, 1962-2014

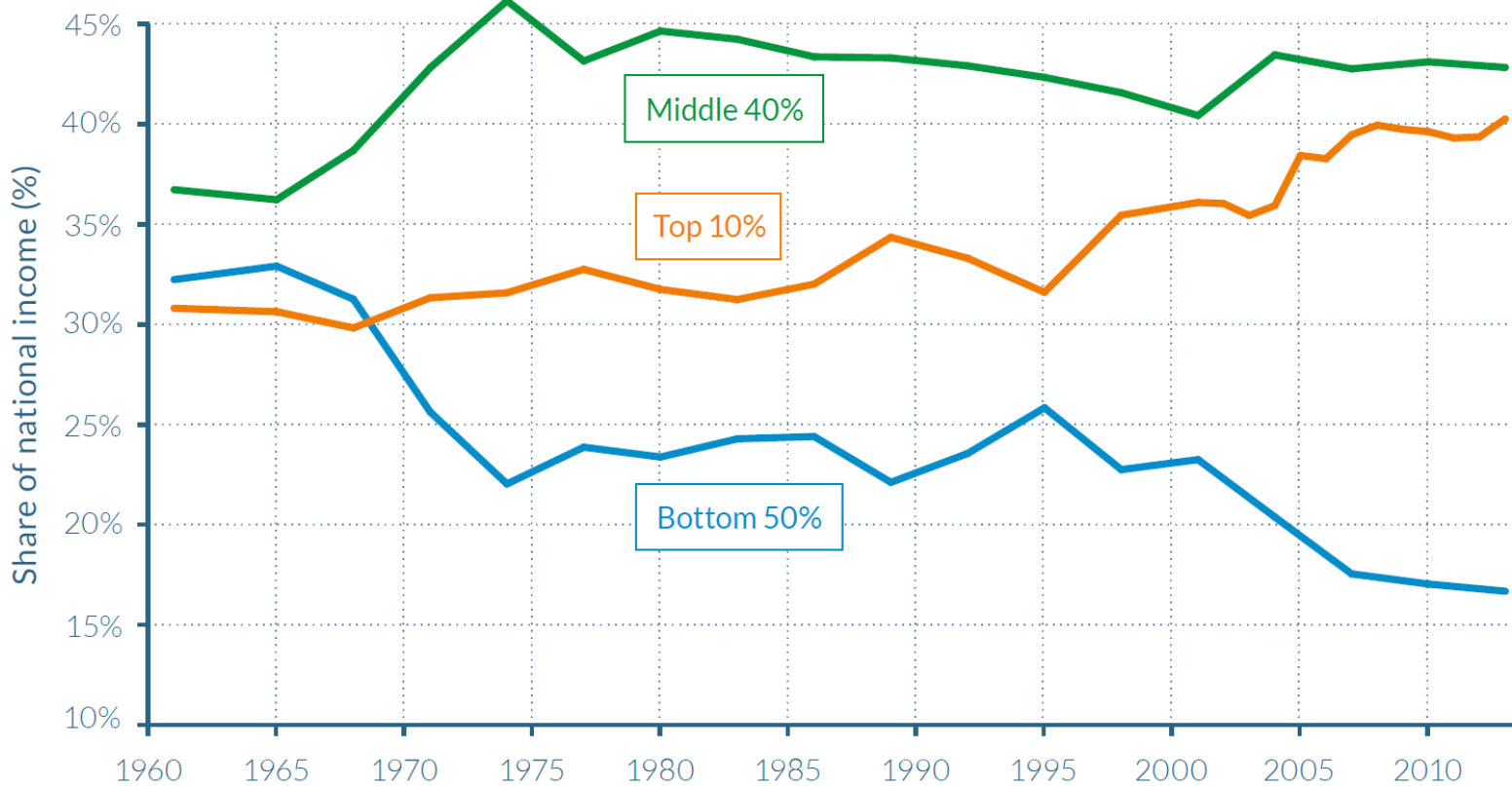


Anstieg der Ungleichheit in Deutschland 1961-2013

(Quelle: Piketty et al, 2018)

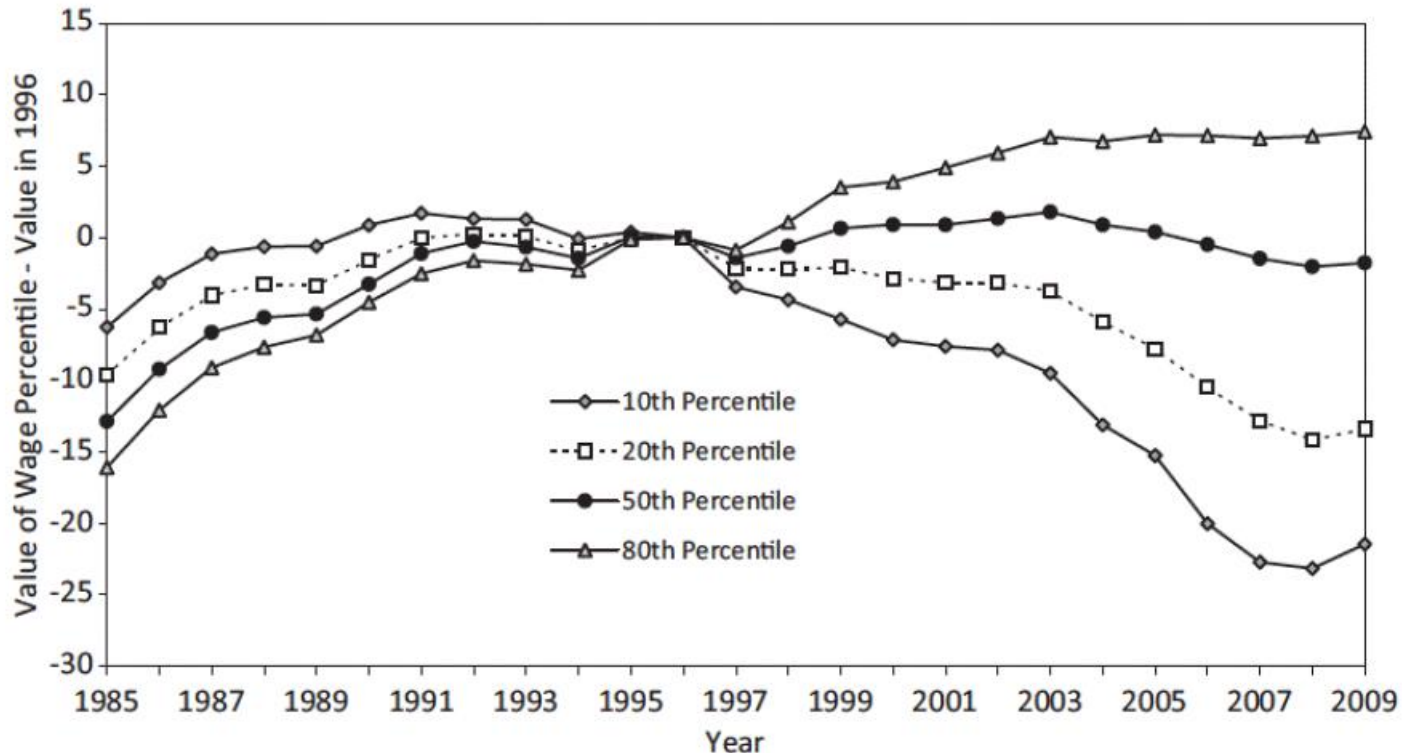
Figure 2.6.2

Income shares in Germany, 1961-2013

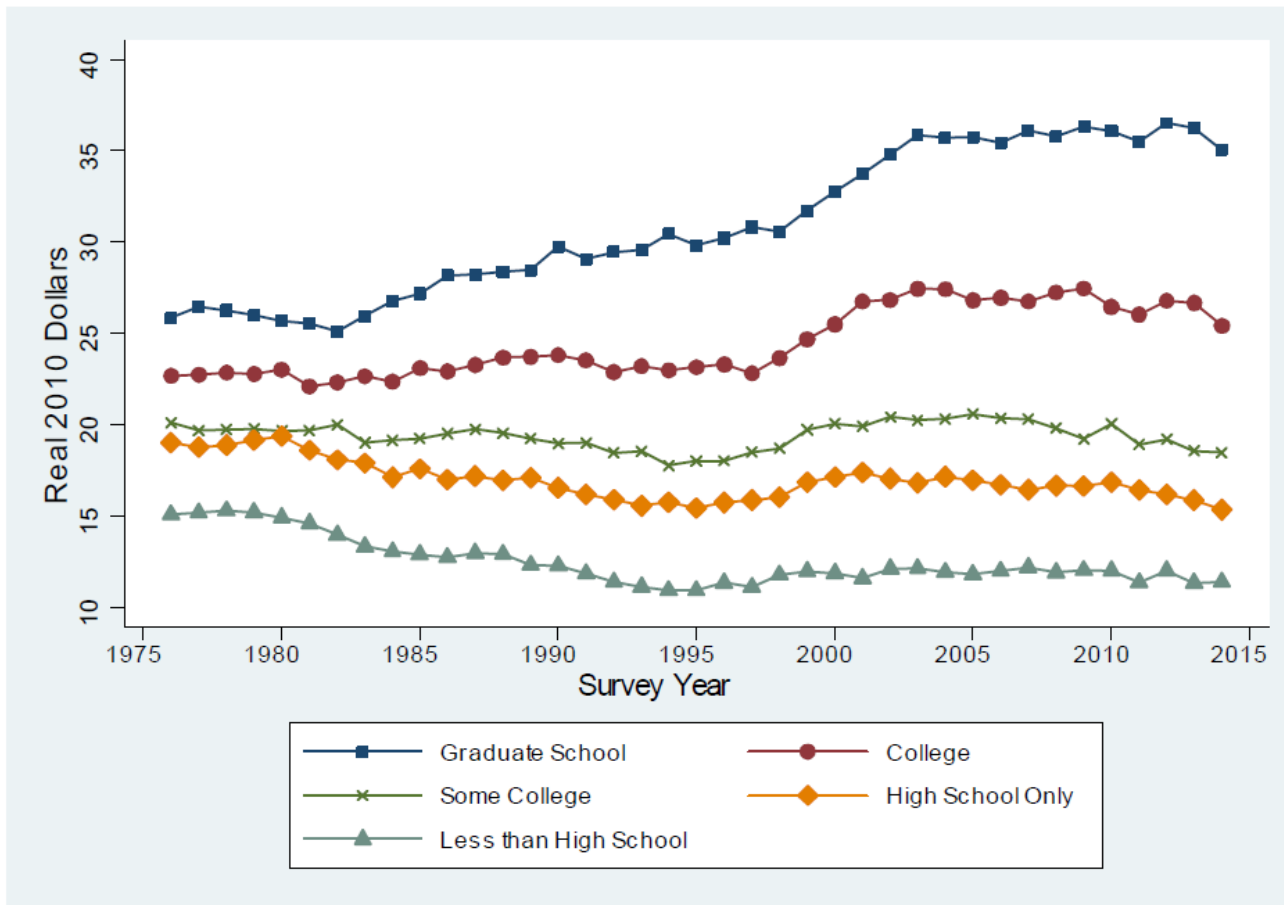


Reallöhne (täglich) westdeutscher Männer bei Vollzeitbeschäftigung relativ zu 1996 nach Lohn-Perzentilen

(Quelle: Card et al, 2013)



Median-Reallohn (stündlich) US-amerikanischer Männer nach Bildungsgrad (Quelle: Blundell et al, 2017)



Welche statistische Faktoren erklären steigende Lohnungleichheit in Deutschland?

1. Größere **Ungleichheit** im Durchschnittslohn **zwischen den Unternehmen**
2. Unterschiedliche **Lohntrends nach Bildungsstatus** (Hochgebildete haben höchsten Lohnanstieg; wenig Gebildete den kleinsten)
3. Größeres **Matching zwischen Unternehmen und Arbeitnehmern** (niedrig Gebildete arbeiten mehr in Niedriglohnunternehmen; hoch Gebildete mehr in Hochlohnunternehmen)

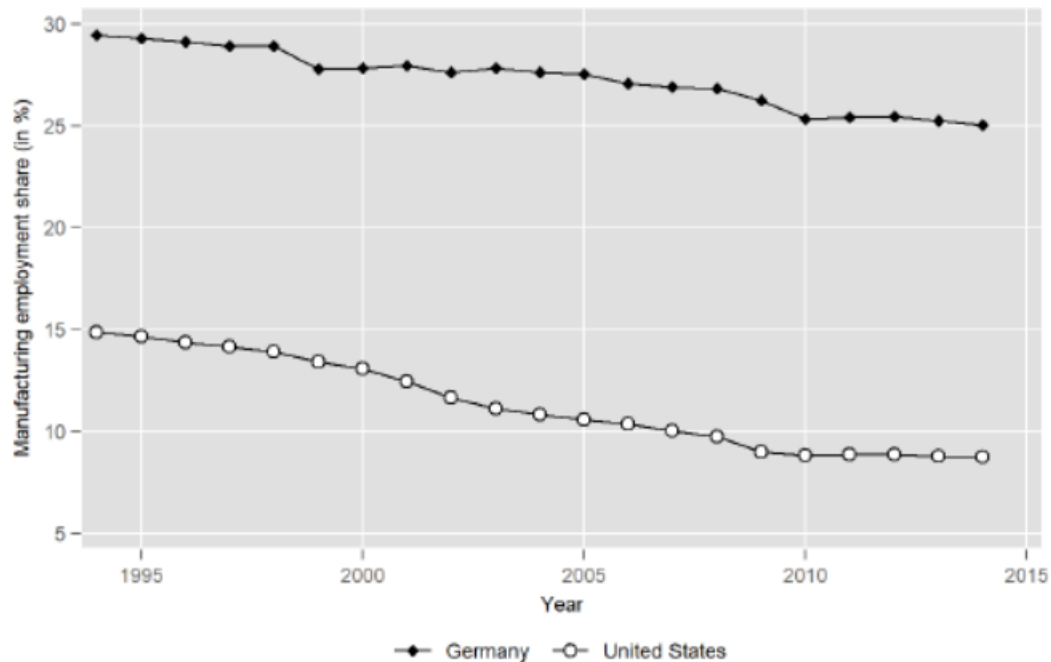
Welche ökonomischen Faktoren erklären steigende Lohnungleichheit in Deutschland?

1. Immer **weniger** Arbeitsverträge unterliegen **Kollektivverträgen** – verstärkte Rolle unternehmens-spezifischer Lohnpolitik
2. Stärkere **Heterogenität zwischen den Unternehmen** durch Globalisierung – expandierende Exporteure vs. vom Importwettbewerb betroffene Unternehmen
3. **Strukturwandel von Industrie zu Dienstleistungssektor**: Jobwachstum in erster Linie im Dienstleistungsbereich

Strukturwandel und Ungleichheit

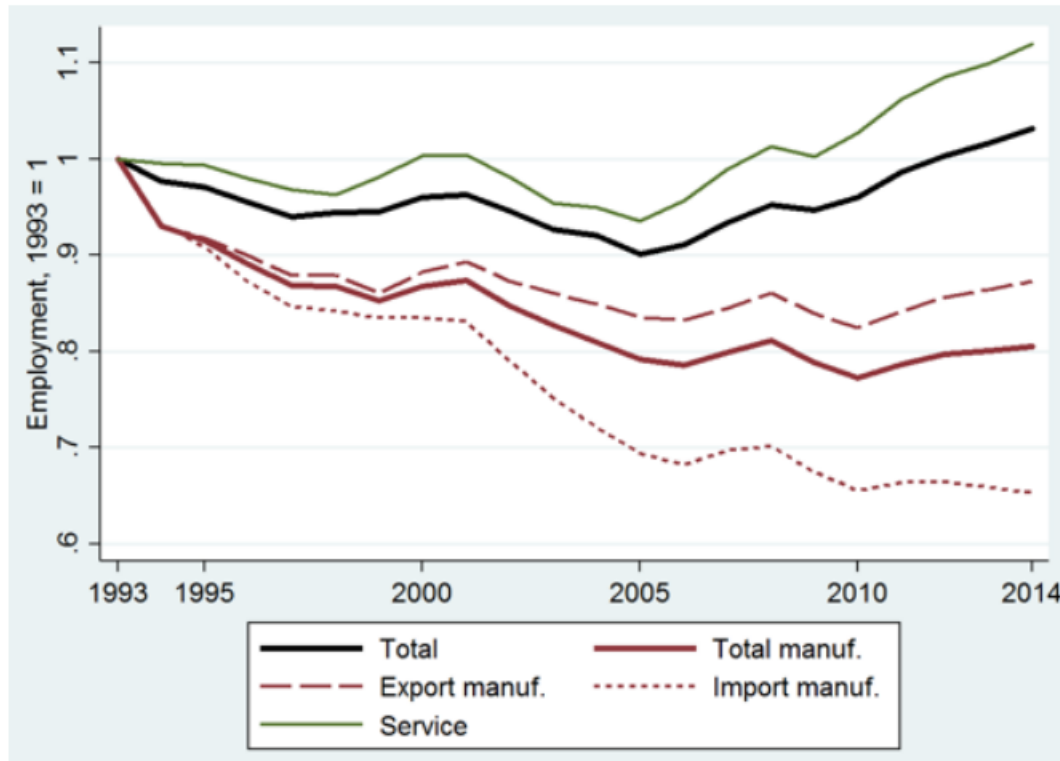
- 1. Abbau klassischer Produktionsjob** im Industriesektor (Offshoring; Robotisierung)
- 2. Starke Spaltung des Dienstleistungssektors** in Hochlohnsektor mit hochgebildeten Arbeitskräften (IT; Finanzdienstleistungen, Consulting) und Niedriglohnsektor mit weniger gut gebildeten Arbeitskräften (Call Center, Reinigung, Sicherheit,...)
- 3. Niedrig gebildete Arbeitskräfte** haben wesentlich **höhere Löhne im Industrie-** als im Dienstleistungssektor

Anteil der Beschäftigung im Industriesektor - Deutschland und USA



Beschäftigungstrends nach Sektoren in Deutschland

(Quelle: Dauth et al, 2017)



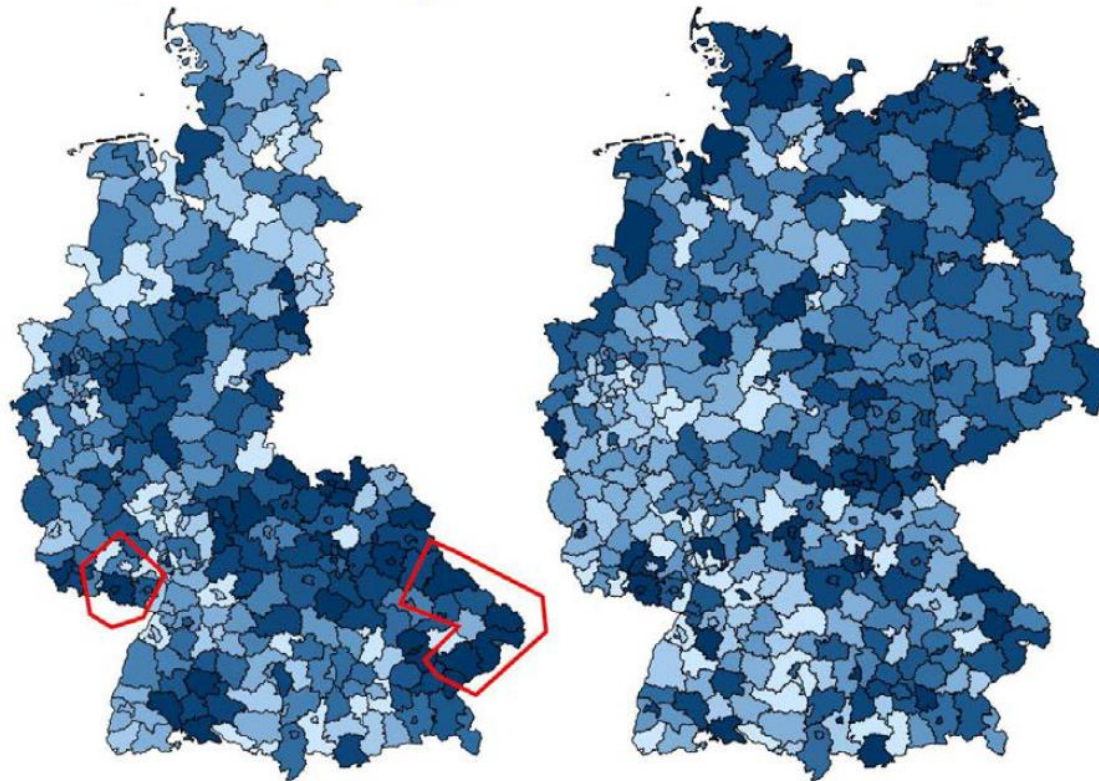
Note: Total number of full- and part-time workers subject to social security (excluding “mini-jobs”) in different sectors, normalised by respective base year value (1993=1).

Anpassungskosten an Handel mit Niedriglohnländern

- **Deutschland: Entstehung von Industriearbeitsplätzen** durch Exporte nach China und Osteuropa **übersteigt Vernichtung von Industriearbeitsplätzen** durch Importe aus China und Osteuropa (Dauth et al., 2014); (anders in anderen Industrieländern, z.B. USA, dort geschätzt 2 Mio. Industriejobs verloren wegen Handelsdefizit mit China, Autor et al, 2013)
- Aber: **Importwettbewerb** ist sehr **lokal konzentriert**, Exportjobs entstehen meist anderswo, bzw. in anderen Industrien;
- Arbeitnehmer, die Jobs aufgrund von Importwettbewerb oder Offshoring verlieren, landen oft in der **Langzeitarbeitslosigkeit** oder nehmen wesentlich **schlechter bezahlte Jobs** an (Autor et al, 2014; Dauth et al, 2018)
- Vor allem **niedrig gebildete Arbeitskräfte verlieren**

Deutsche Landkreise, Exponierung zu Netto-Importwettbewerb durch Niedriglohnländer (Quelle: Dippel et al, 2015)

Figure 2: $\Delta NetExposure_{Cit}$ in 1987–1998 (Left), and 1998–2009 (Right)



Notes: Trade Shocks mapped into 322 West German counties for 1987–1998 (left) and into 408 German counties for 1998–2009 (right). The two circled regions are being discussed in Online Appendix C by the way of example.

Importwettbewerb aus Niedriglohnländern und der Aufstieg der Rechtspopulisten

- **Steigender Importwettbewerb aus Niedriglohnländern** (China, Osteuropa) **erklärt** signifikanten Anteil des **Aufstiegs rechtspopulistischer Parteien** in Westeuropa (Colatone, Stanig, 2018).
- Regionen, die aufgrund ihrer Industriestruktur am stärksten von Importwettbewerb aus China, Osteuropa betroffen sind, verzeichnen den größten Anstieg in rechtspopulistischen Wählern.
- In den **10% am meisten von Importwettbewerb betroffenen Regionen** Europas beträgt der geschätzte Anstieg des Stimmenanteil rechtspopulistischer Parteien aufgrund von Importwettbewerb **21 Prozentpunkte(!!!)**; in durchschnittlicher Region 6 Prozentpunkte.
- Ähnliche Ergebnisse wissenschaftlicher Studien für die USA (Autor et al, 2016); Deutschland (Dippel et al, 2015), Frankreich (Malgouyres, 2014).

Wie kann die steigende Skepsis gegen die Globalisierung gebremst werden?

- Ausbau des Wohlfahrtsstaats (skandinavisches Modell), um Individuen besser vor Schocks zu schützen: Höhere Ersatzrate der Arbeitslosenversicherung, bessere Umschulung und Weiterbildung von Arbeitslosen
- Mehr Lohnkompression (mehr Umverteilung durch Kollektivverträge in Richtung der niedrig Qualifizierten)
- Regionale Anpassungshilfen in betroffenen Regionen (Deutschland leidet an Unterfinanzierung vieler Gemeinden)